

II-307 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

Präsl. 11. Dez. 1969      No. 1507/1

A n f r a g e

der Abgeordneten Gertrude Wondrack, DDr. Pittermann und Genossen

an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Vergabe oder Verkauf der Schönbrunner Schloss Apotheke.

In der Bevölkerung des 12. Wiener Gemeindebezirkes herrscht erhebliche Beunruhigung, weil angeblich das Bundesministerium für soziale Verwaltung beabsichtigt, die seiner Verwaltung unterstehende Schönbrunner Schloss Apotheke als staatliche Einrichtung aufzulösen oder zu verpachten oder zu verkaufen. Als Grund für diese Massnahme wird angegeben, dass die genannte Apotheke einen ständigen Verlust aufweist.

Wie sich die anfragenden Abgeordneten durch persönliche Einsicht überzeugen konnten, ist der Umsatz in der betreffenden Apotheke seit 1965 um 40% gestiegen. Auf Grund der Jahresbilanz ergibt sich, dass die Gebarung kein Defizit aufweist. Ein Abgang wird jedoch künstlich dadurch erzeugt, dass man dieser Apotheke die Pensionslasten für einen ehemaligen pragmatisierten Magister zu unrecht anlastet, da diese Pensionslast auch im Falle einer Auflösung oder Verpachtung oder Veräußerung vom Bundesministerium für soziale Verwaltung getragen werden müsste.

Die Einrichtung der Hofapotheken war in der Monarchie zustande gekommen, um die Bevölkerung mit den notwendigen Heilmitteln, zu angemessenen Preisen, versorgen zu können. Eine Auflösung einer dieser Apotheken durch das Bundesministerium für soziale Verwaltung würde eine Einrichtung

-2-

aus einer Zeit abschaffen, in der Österreich sich noch nicht als Sozial-Staat bezeichnen konnte. Die staatlichen Apotheken in Wien haben ihre Aufgabe stets zur Zufriedenheit der Bevölkerung erfüllt, ihre Auflösung müsste als bewusste Benachteiligung der Wiener Bevölkerung, im besonderen Falle als eine Benachteiligung der Bevölkerung des 12. und 13. Bezirkes, betrachtet werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung die nachstehenden

A n f r a g e n :

- 1.) Existieren tatsächlich Pläne, die vom Bundesministerium für soziale Verwaltung verwaltete Schönbrunner Schloss Apotheke aufzulassen bzw. an private Personen weiterzugeben?
- 2.) Ist die Frau Bundesminister bereit, die Schönbrunner Schloss Apotheke weiterhin in der Verwaltung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung zu belassen?